



## **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**

### **3. Sitzung (öffentlich)**

5. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

- |          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Die Innovations-, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik in der 15. Wahlperiode</b>  | <b>5</b>  |
|          | – Aussprache  | 5         |
| <b>2</b> | <b>Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)</b> | <b>14</b> |
|          | Gesetzentwurf<br>der Landesregierung<br>Drucksache 15/200   |           |
|          | – Aussprache  | 14        |

Der Ausschuss stimmt dem Nachtragshaushalt in den ihn betreffenden Positionen mit den Stimmen von SPD und

Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich gegen das Votum von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke zu.

<b>3</b>	<b>Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen beenden</b>	<b>16</b>
	Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/35	
	<p>Der Ausschuss verständigt sich nach entsprechenden Hinweisen seines Ausschussvorsitzenden darauf, gemäß Vereinbarung der Obleute am 21. Januar 2011 ab 10 Uhr in Kooperation mit dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Anhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes durchzuführen.</p> <p>Die anzuhörenden Expertinnen und Experten einschließlich der Beratungsunterlagen sollen dem Ausschussekretariat bis zum 25. November übermittelt werden. – Die Anzahl der Sachverständigen wird im Rahmen eines weiteren Obleute-Gesprächs geregelt.</p>	
<b>4</b>	<b>Aufbau von Zentren für Islamische Studien in Münster/Osnabrück</b>	<b>17</b>
	– Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet	17
	– Aussprache	18
<b>5</b>	<b>Elfte Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)</b>	<b>20</b>
	– Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet	20
	– Aussprache	21
<b>6</b>	<b>Wahl von Hochschulräten</b>	<b>23</b>
	Vorlage 15/155	
	– Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet	23
	– Aussprache	23
<b>7</b>	<b>Kompromisslösung beim 23. BAFöG-Änderungsgesetz</b>	<b>25</b>

- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 25
- Aussprache 25

\* \* \*



## 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/200

**Gunhild Böth (LINKE)** fordert namens ihrer Fraktion, den wegfallenden Betrag an Studiengebühren durch eine Verpflichtungsermächtigung abzusichern. Einen Antrag in diese Richtung werde ihre Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** macht auf die grundsätzliche Ablehnung seiner Fraktion aufmerksam, Vorhaben im Haushalt durch die Aufnahme neuer Schulden zu refinanzieren. Seine Fraktion werde dem Nachtrag deshalb nicht zustimmen.

Auch seine Fraktion werde den Nachtrag ablehnen, legt **Marcel Hafke (FDP)** dar. Der Globalhaushalt sei unseriös finanziert.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** lenkt das Augenmerk auf die Titelgruppe 62. Sie enttäusche, dass die CDU-Fraktion und Die Linke einer Anhebung des BAföG-Satzes nicht zustimmten. Ihre Fraktion werde dem Aufbau einer neuen Forschungseinheit für Solarforschung beim „Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt“ ebenfalls zustimmen. Soweit es um die Studiengebühren gehe, werde zunächst das Gesetz auf den Weg gebracht. Im Haushalt 2011 erfolge die Refinanzierung der Studiengebühren. Den unseriös formulierten Antrag der Linken-Fraktion werde sie nicht mittragen können.

**Karl Schultheis (SPD)** pflichtet der ablehnenden Haltung zum Antrag der Fraktion Die Linke bei. Die ablehnende Haltung der Opposition zu den zur Diskussion stehenden Positionen des Einzelplans verstehe er nicht, gehe es doch um Auswirkungen im Bereich der Ausbildungsförderung aufgrund von Beschlüssen des Deutschen Bundestages, die auf Länderebene nachzuvollziehen seien. Es sei nicht im Interesse der Studierenden, wenn sich der Fachausschuss gegenüber der Anhebung der Ausbildungsförderung negativ positioniere. – Die Forschungsförderung beim DLR abzulehnen, sei nach der heutigen Diskussion nicht nachzuvollziehen und bedeute in Richtung Studierende und Forschung ein höchst problematisches Signal.

**Gunhild Böth (LINKE)** reklamiert erheblichen Gesprächsbedarf ihrer Fraktion zum Thema „Studiengebühren“, verweigere sich allerdings nicht grundsätzlich. Ihre Fraktion werde sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

(Die Fraktion Die Linke verlässt zur Abstimmung über den Nachtragshaushalt den Sitzungssaal.)

Der Ausschuss stimmt dem Nachtragshaushalt in den ihn betreffenden Positionen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich gegen das Votum von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke zu.